

UMFAHRUNG SCHÜTZEN

Enteignete Grundeigentümer wollen mit Land über Haftungsrisiken verhandeln

Burgenland. Nächste Runde in der Causa Umfahrung Schützen am Gebirge. Nachdem der Verwaltungsgerichtshof die Bescheide zur Enteignung der Grundeigentümer aufgehoben hat (der KURIER berichtete), hat die Landesregierung am Montag Post von den Enteigneten bekommen. Rechtsanwalt Lothar Stix ersucht im Namen von rund zwei Dutzend Bürgern aus Schützen dringend um ein Gespräch. In der Landesregierung bestätigt man auf KURIER-Anfrage den

Erhalt des Briefes, mit dem Inhalt würden nun Spitzenbeamte befasst. Grundsätzlich steht das Land auf dem Standpunkt, drei Jahre Zeit für Ersatzbescheide zu haben.

„Wir wollen den neuen Sachverhalt besprechen“, begründet Harald Theuer, Sprecher der Enteigneten, das Begehren. Mit der Aufhebung der Enteignungsbescheide läge die 2014 eröffnete 5,2 Kilometer lange Umfahrung de jure wieder auf Privatgrund, Betreiber sei aber das Land. „Es

wird wohl jeder verstehen, dass wir nicht allfällige Risiken, wie etwa Haftungen, tragen wollen“, sagt Theuer. Ob er eine Rückabwicklung fordert? Die werde „hoffentlich nicht notwendig“, es sei denn, das Land sei nicht bereit, Haftungsrisiken abzudecken.

Manfred Kölly vom Bündnis Liste Burgenland fordert indes einen runden Tisch mit allen Landtagsparteien, Regierung und den Enteigneten, um „endlich Klarheit“ zu bekommen. – THOMAS OROVITS